

sprech zettel

Dr. Dirk Jandura
Präsident

T +49 30 59 00 99 535
dirk.jandura@bga.de

Es gilt das gesprochene Wort.
Sperrfrist: 10. Januar 2024, 10:30 Uhr

BGA-Pressekonferenz Großhandel
am 10. Januar 2024

Sie wissen nicht, was sie tun.

Meine Damen und Herren,

der Großhandel startet mit einer erdrückenden Hypothek in das Jahr 2024: Die Stimmung ist im Keller. Die Unternehmen fühlen sich von der Politik im Stich gelassen. Die Ergebnisse unserer aktuellen Unternehmensumfrage zur wirtschaftlichen Lage sind alarmierend. Der unübersehbare Abwärtstrend erfüllt mich mit großer Sorge.

Grafik: GH Klimaindikator

Der BGA-Großhandelsindikator deutet auf einen weiteren kräftigen Absturz der wirtschaftlichen Stimmung im Großhandel hin. Er hat von 77,6 Punkten um 8,2 Punkte auf 69,4 Punkte nachgegeben, wobei Werte unter 100 ein negatives Stimmungsbild spiegeln. Bereits seit dem Jahreswechsel 2021/22 – also seit gut zwei Jahren – zeichnet sich eine Stimmungseintrübung ab. Der Dramatik dieser Entwicklung kann die Politik nicht länger aus dem Weg gehen, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen am Standort Deutschland zur Sicherung von Investitionen und der hohen Beschäftigung erhalten bleiben soll.

Die wirtschaftliche Lage hat sich im Verlauf des Jahres 2023 nicht entspannt, sondern weiter verschärft. Zwar lässt der Preisdruck nach, die Inflation ist inzwischen wieder deutlich niedriger und auf den Vorstufen stellen wir sinkende Preise fest. Dennoch bremsen das schwierige geopolitische Umfeld und die multiplen Herausforderungen von Deglobalisierung, Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografie die wirtschaftliche Entwicklung aus. Zudem belastet das wirtschaftspolitische Agieren der Bundesregierung die Unternehmen in Deutschland massiv. Erst werden soziale Leistungen und ökologische Ziele jenseits wirtschaftlicher Vernunft auf Teufel komm raus über Schulden finanziert, dann rächen sich finanzpolitische Trickserien. Haushaltskürzungen führen zu abruptem Förderstopp. Und die Unternehmen müssen das ausbaden.

Verlässlichkeit und Planbarkeit ist für uns Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor. Wenn dies nicht mehr gegeben ist, gerät die Konjunktur ins Kippen.

Hieraus folgend muss ich feststellen: Die Stimmung im Großhandel ist auf einem der schlechtesten Werte der letzten 25 Jahre. Sie ist wieder auf Corona-Niveau angekommen. Wo andere Volkswirtschaften sich bereits erholt haben, stecken wir in Deutschland in einer konjunkturellen Sackgasse mit selbst geschaffenen strukturellen Bremsen fest.

Meine Damen und Herren,

eine schnelle wirtschaftliche Erholung ist nicht absehbar. Kriterien wie Geschäftslage, Umsatz, Erträge, Investitionen, Auftragslage und Auslastung lassen keine schnelle Besserung erwarten.

Grafik: Umsatzentwicklung GH

Die Umsätze im Großhandel brechen weg: nicht nur nominal, sondern real: Wir verkaufen immer weniger an Gütern und Dienstleistungen. Während die Umsatzentwicklung noch zu Jahresbeginn 2023 leicht aufwärts zeigte – nominal +8,1 Prozent kippte die Entwicklung im Frühjahr 2023. In der zweiten Jahreshälfte verzeichneten die Großhändler nominale Umsatzrückgänge zwischen -4,6 und -8,8 Prozent und real von bis zu -8,3 Prozent.

Für 2023 erwarte ich vor diesem Hintergrund einen Rückgang um $-3\frac{3}{4}$ Prozent nominal und um $-4\frac{1}{4}$ Prozent real. Das Ergebnis ist somit deutlich negativer als vor einem Jahr angenommen. Wir erwarten daher für den Großhandel 2024: Der Umsatz im Großhandel wird nach dieser verhaltenen Einschätzung im kommenden Jahr um rund 2 Prozent nominal – und rund 1 Prozent real – unter 2023 liegen. Damit steuern wir auf eine handfeste Rezession zu.

Und was noch schlimmer ist: die Bundesregierung erkennt die dramatische Wirtschaftskrise nicht. Entgegen jeder Vernunft werden weiterhin soziale Leistungen wie das Bürgergeld aufgestockt und Klimaerziehung - wenn auch mit weniger Geld - betrieben, als sei nichts passiert.

Ich kann mich des Eindrucks immer weniger erwehren, dass die Bundesregierung nicht weiß, was sie tut.

Hochtrabende Ankündigungen wie der Deutschlandpakt oder der Wohnungsbaugipfel enden im Nichts. Sie verpuffen ohne Effekte. Logische Folge: Die Konjunktur fährt in den Keller. Aus einer noch zu Jahresbeginn positiven, wenn auch verhaltenen Wachstumsprognose, hat sich eine Rezession verfestigt, deren Ende noch nicht absehbar ist.

Nach einem erwarteten Wachstum von +0,3 Prozent, wird es nun für 2023 wohl ein Minus von 0,3 Prozent werden. Und für 2024 erwarten wir angesichts des komplexen Umfelds ohne politisches Eingreifen eine Rezession, bestenfalls eine Stagnation um +/- 0,1 Prozent.

Grafik: Reales BIP-Wachstum

Als Großhandel hängen wir an Branchen wie dem Baugewerbe oder den Autoherstellern. An Sektoren also, die in Deutschland immer mehr benachteiligt werden. Die Bundesregierung macht mit Regulierungen, Auflagen, Nachweisen usw. den Standort Deutschland immer unattraktiver, so sehr, dass es mir schon echte Bauchschmerzen bereitet.

Die Kosten und Belastungen steigen. Energie und Mobilität werden immer teurer, zuletzt durch die Maut und den steigenden CO₂-Preis. Gleichzeitig sinken die Umsätze. Das erhöht den

Kostendruck so sehr, dass erste Unternehmen Beschäftigung in Deutschland abbauen. Das ist ein verheerendes Alarmsignal.

Meine Damen und Herren,

in dieser Stimmung spiegelt sich eine massive Enttäuschung der Großhändler über die Bundesregierung wider. 61 Prozent der Unternehmen des Großhandels fordern einen klaren, sofortigen und grundlegenden Kurswechsel. Nur ein Prozent ist mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden.

Erstens: Wir brauchen wieder ein größeres Verständnis für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit als Garant hoher Beschäftigung anstelle von kostentreibender Bürokratie und Sozialausbau.

Grafik: Attraktive Rahmenbedingungen

Deutschland ist im internationalen Vergleich schon seit längerem unattraktiv und die Werte sinken weiter. 55 Prozent unserer Unternehmen stellen dem Standort Deutschland ein schlechtes oder sehr schlechtes Zeugnis aus. Hier erwarten unsere Unternehmen ein Umsteuern und das vor allem im Bereich Bürokratie und Kostenentlastung, wie es 90 Prozent der Unternehmen angeben.

Zweitens: Früher hätte ich an dieser Stelle gefordert, dass wir keine neuen bürokratischen Belastungen und Nachweispflichten brauchen. Ich hätte gefordert, dass für jede neue Vorschrift eine alte zurückgenommen werden muss. Aber über diesen Punkt sind wir weit hinaus.

Es braucht eine 180-Grad-Wende. Wir müssen endlich Vorschriften ersatzlos streichen. Es muss in die entgegengesetzte Richtung gehen, weniger Bürokratie, weniger Formulare, weniger Berichts- und Kontrollpflichten. So wäre eine Vereinfachung bei den Aufzeichnungspflichten von Sachzuwendungen an Geschäftskunden und die Streichung der KFZ-Alteilbesteuerung einfach umzusetzen.

Ich bin Unternehmer, ich will endlich wieder machen dürfen und nicht einen Knüppel nach dem anderen zwischen die Beine geworfen bekommen.

23 Prozent der Großhändler würden von sich aus mehr investieren, sehen sich allerdings vom wirtschaftlichen Umfeld ausgebremst. Verpackungsverordnung und die Vielzahl an Nachweis-, Informations- und Kontrollpflichten insgesamt, binden die Kräfte in den Unternehmen und treiben die Kosten. All das wird immer mehr als Gängelei, denn als Konkurrenzvorteil empfunden.

Der Großhandel ist mittelständisch geprägt. Unsere Firmen sind es, die soziale und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, die die deutsche Volkswirtschaft so gut durch die Krisen der letzten Jahre gebracht haben. Wir unterstützen Sportvereine und die freiwillige Feuerwehr. Der Mittelstand schafft Ausbildungsplätze auch in den ländlichen Regionen und wir sichern Arbeitsplätze, teils über Generationen. Und all das tun wir gerne und aus Überzeugung.

Das spiegelt sich auch im aktuellen Umfrageergebnis: 63 Prozent der Großhändler wünschen sich weniger Staat und mehr Freiraum für die Unternehmen.

Ein prominentes Beispiel ist das Lieferkettengesetz. Hier sollte die deutsche Berichtspflicht sofort ausgesetzt werden. Das Gesetz hat eine Lawine an Bürokratie losgetreten, die uns alle überrollt. Die geplante Ausweitung auf Unternehmen mit 1.000 oder mehr Beschäftigten zum 1. Januar ist eine zusätzliche Belastung, die niemand gebrauchen kann. Der Mittelstand ertrinkt in einer Flut von Berichtspflichten. Diese belasten viele Unternehmen inzwischen mehr als die hohen Energiepreise. Selbst eine Steuererhöhung – die ich auf keinen Fall will - wäre weniger schlimm als dieser Wahnsinn.

Gleiches gilt für die Europäische Lieferkettenrichtlinie. Ursula von der Leyen ist für mich nicht die Stimme des wirtschaftlichen Aufbruchs, sondern das Gesicht der Brüsseler Bürokratie. Der Regulierungs-Tsunami aus Brüssel muss endlich aufhören.

In Deutschland hat zwischen 2015 und 2022 die Zahl der Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung um mehr als 550.000 zugenommen. Mit über 5,2 Millionen Mitarbeitern ist der öffentliche Dienst damit der am schnellsten wachsende Sektor in Deutschland. Und diese halbe Million neuer Mitarbeiter werden sich noch mehr Regeln, Gesetze und Vorschriften ausdenken.

Drittens: Die Unternehmen des Großhandels wollen nichts weiter, als ihren Job machen zu dürfen. Dazu braucht es neben Signalen wie dem Wachstumschancengesetz auch wirksame Entlastungen bei Regulierungen zur Beschleunigung von Investitionen und Prozessen, insbesondere Planungs- und Umsetzungsbeschleunigung.

Der Zustand unserer Infrastruktur ist langsam nur noch ein Witz. Egal ob auf der Schiene, Straße oder digital, wir sind weit weg von dem Niveau, auf dem die größte Volkswirtschaft der EU sein sollte. Wir werden abgehängt.

Bei der Digitalisierung sehen 61 Prozent unserer Unternehmen massive Rückstände in der öffentlichen Verwaltung. Denn Digitalisierung meint eben nicht, Formulare zum Ausdrucken zur Verfügung zu stellen, sondern Prozesse zu beschleunigen und zu erleichtern.

Grafik: Wachstumschancengesetz

Ein vierter Punkt: Vom Wachstumschancengesetz erwarten sich die Unternehmen nicht mehr viel. Kein Unternehmen geht mehr davon aus, dass die steuerlichen Regelungen attraktiver werden.

Deswegen plädieren 49 Prozent der Großhandelsunternehmen für eine grundlegende Unternehmensteuerreform, die die Belastungen auf das internationale Niveau von 25 Prozent senkt. Wir brauchen klare Signale und nicht noch mehr Umverteilung über das Steuersystem.

Grafik: Finanz- und Haushaltspolitik

Fünftens: Drei Viertel der befragten Großhändler halten eine Rückkehr zu ausgeglichenen Haushalten für richtig und unterstützen dazu Einsparungen und Umschichtungen.

Logisch für den Großhandel ist daher auch, dass die Unternehmen sich zur Schuldenbremse bekennen.

Wer auf immer neue Schulden und Steuern baut, akzeptiert, dass wir über unsere Verhältnisse leben. Das halte ich für unverantwortlich und es wird letztlich auch den Sozialstaat an die Wand fahren.

Meine Damen und Herren,

als Unternehmer habe ich immer Lust, etwas zukunftsfähig zu gestalten. Genau das kann ich der Bundesregierung auch nur empfehlen.

In der gegenwärtigen Rezession müssen sich die Prioritäten ändern. Statt Parteiideologie und Klimaschutz mit der Brechstange durchzudrücken, braucht es Pragmatismus. Lösungen, die den Menschen und Unternehmen wirklich helfen und sie nicht weiter und vor allem unnötig gängeln. Und es braucht die Versicherung, dass Politik klare Entscheidungen trifft und diese vorher durchdenkt, damit sie anschließend auch Bestand haben und somit Verlässlichkeit und Planungssicherheit geben.

Meine Damen und Herren,

ich wünsche mir wieder mehr Dynamik durch attraktive, moderne und einfache Rahmenbedingungen,

die Investitionen im Mittelstand erleichtern und beschleunigen, die wirksame Anreize für Digitalisierung, eine realitätsbezogene ökologische Transformation setzen und eine berechenbare und kostengünstige Versorgung mit Gütern und Rohstoffen ermöglicht.